

Eine Alternative für Deutschland?

Eine kurze Analyse der wirtschaftlichen und politischen Aspekte

Es konnte eigentlich nicht anders kommen: die EURO-Politik der Bundesregierung forderte geradezu heraus, dass sich eine Partei bildet, die eine Alternative anbietet, nämlich die teilweise Auflösung der EURO-Zone, genauer eine Trennung der „Starken“, insbesondere Deutschlands, von den „schwachen“ Mittelmeerländern. Als Lösungsvorschlag wurde sie schon vor mehr als zwei Jahren formuliert; mein eigener Vortrag (auf dieser Homepage nachzulesen) plädierte Anfang 2011 in diese Richtung. Schon damals aber war mir klar, dass dies für mindestens 5 Jahre keine Billiglösung wäre, denn man hätte

- aus Solidarität in der EU,
- aus Eigeninteresse an den Märkten,
- aus juristischen Gründen, weil kein Staat ausgeschlossen werden kann
- wegen der damit verbundenen hohen Vermögensverluste durch Insolvenzen

viel Geld auf den Tisch legen müssen, um den inneren Frieden in der Union sowie ausreichende Stabilität der Finanzen und der Wirtschaft zu sichern.

Gleichwohl war ich damals zu dem Schluss gekommen, ein Ende mit Schaden sei besser als ein Schaden ohne Ende. Ich schrieb damals:

„Wenn man nun all dies bewertend vergleicht, wird man nicht umhin können, einen raschen Konkurs der Pleiteländer zu befürworten – samt einer Renationalisierung deren Währung Drachme und Escudo, möglicherweise auch Peseta und Lira. Das wird zwar wiederum zu Bankenproblemen und staatlich nationalen Rettungsaktionen zu lasten der Steuerzahler führen; es ist nur nicht zu sehen, wie dies auf längere Sicht vermieden werden könnte, wenn die Schneebälle zu noch gefährlicheren Lawinen angewachsen sind.

....

Ja, das wird Beschäftigung und Wohlstand auch in Deutschland kosten, aber doch jetzt weniger als später; es wäre eine **Reinigungskrise**. Ihr ausweichen zu wollen, wird die Krise nicht verhindern, nur vergrößern.“

Mir scheint, dass die neue Partei „Alternative für Deutschland“ genau diese Lösung vorschlägt, **allerdings ohne die Kosten dieser Alternative, bzw. die riesige Unsicherheit über die Folgen zu benennen**, Folgen, die nun – zwei Jahre später – noch größer geworden sein dürften als damals.

Trotzdem kann man nicht leugnen, dass die AfD **möglicherweise** auch aus heutiger Sicht einen besseren Weg vorschlägt, als Regierung und Opposition in Deutschland verfolgen – so groß ist die Unsicherheit in dieser historisch beispiellosen Situation.

Da sich Deutschland mit 16 anderen Staaten über die Zukunft des EURO zu einigen hat, ist allerdings zu fragen, ob es unter diesen 17 einen Konsens geben wird. Die derzeitigen Regierungsmehrheiten dürften nirgends einer (Teil-)Auflösung der EURO-Zone zu-

stimmen, allerdings wird der Aufwuchs von Europa- und Euro-kritischen Parteien fast überall zu Verwerfungen führen, die nicht gut abschätzbar sind.

Die AfD ist eine dieser neuen Parteien, die mit ihrem Kernanliegen viel Zustimmung erhalten dürfte; bis zur Bundestagswahl dürfte dies das einzige Element eines noch nicht geprägten Parteiprofils sein. Allerdings kann die Partei wie zuvor die Piraten allerlei Protestpotenzial anziehen – bis hin zu deutsch-nationalistischen Kreisen. Es ist anzuerkennen, dass die Partei Anstrengungen unternimmt, nicht im trüben Wasser der Rechten zu fischen.

Was also wird die Wirkung dieser Partei auf das Parteienspektrum und den nächsten Bundestag sein?

Wenn es der AfD gelingt, bei den Wählern den (meines Erachtens leichtfertigen) Eindruck zu verankern, dass ihr Lösungsvorschlag der EURO-Krise politisch funktionieren kann und die Deutschen von den weiteren Lasten der „EURO-Rettung“ verschont, wird sie sowohl aus dem Lager der Regierungsparteien als auch aus SPD und Grünen Wahlstimmen gewinnen; nur bei den Linken ist das unwahrscheinlich, da deren Wähler vor allem an besseren sozialen Transferleistungen im Inland interessiert sind. Obwohl Rot-Grün auch in der EURO-Krise gegenüber den überschuldeten Staaten solidarischer sein will als die Regierungsmehrheit, die Distanz zur AfD in diesem Punkt also größer ist, wird das generell konservative Professoren-Image der AfD wohl eher im Regierungslager punkten.

Wenn also auch ohne AfD weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün am 23. September eine Parlamentsmehrheit hätten, dann ist dieser Wahlausgang mit AfD (ob mit 4 oder 6%) auf jeden Fall wahrscheinlicher; wahrscheinlicher wird damit eine Koalition Schwarz-Rot mit einer Fortsetzung der bisherigen EURO-Politik, die

- den EURO retten,
- Wachstum ohne noch höhere Neuverschuldung der Staaten schaffen und
- gemeinschaftliche Schuldenhaftung weitgehend verhindern will.

Bleibt es dann bei der Dauerkrise im EURO-Raum, wird die AfD weiter erstarken; überwinden aber große Länder wie Frankreich, Spanien und Italien ihre sozialen und Wachstumskrisen, ohne in die Hände von Populisten zu fallen, wird die AfD ihr Thema und ihre Attraktion verlieren; ersteres halte ich für wahrscheinlicher..

Neben dieser die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigenden Analyse muss auf die politische Dynamik der Krise geachtet werden; dazu hatte ich vor zwei Jahren gesagt:.

„Was immer Deutschland tun wird, um sich vor Ansprüchen anderer zu schützen, es wird bei den Massen der Bevölkerung in den Schuldnerländern **als deutscher Imperialismus erscheinen** und angeklagt werden, während die Fälligkeit der erforderlichen Abschreibungen an Deutschlands Stammtischen als Ausverkauf deutschen Wohlstandes gesehen werden dürfte – Wasser auf die Mühlen radikaler nationalistischer Parteien hier wie dort.“

Je lauter die Deutschen aus anderen Ländern hören, sie seien die Ursache der Probleme und sie hätten es vor allem über die Vergemeinschaftung aller Staatsschulden in der

Hand, die Zinsen weiterer Schulden zugunsten von „Wachstumsprogrammen“ zu senken, je ungerechter also die Deutschen sich beurteilt und behandelt sehen, desto größer wird der Frust am EURO und die Chance der AfD, davon zu profitieren.

Letztlich sind dies die Gründe meiner sehr pessimistischen Analyse „Können Demokratien sparen?“ vom 26. April 2013 auf dieser Homepage.

Dr. Gerd Eisenbeiß, Bonn, den 2. Mai 2013